

# PROTOKOLL

---



**LANDKREIS**  
**ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

## **40. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt am 11.06.2007**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 12.06.2007

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Baumgartner, Gabriele

Biller, Josef

Fischer, Franz

i.V.v. KR Karl-Heinz Bauernfeind

Grandinger, Johann

Kuhn, Günther

Ließ, Inge

i.V.v. KRin Jutta Harrer

Mayr, Elisabeth

i.V.v. KR Friedrich Bauschmid

Mesner, Franz

Mock, Franz

Patschky, Jürgen

Peis, Hans

Schwimmer, Hans

### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

### **von der Verwaltung:**

Wirth, Harald

Fischer, Heinz



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Helfer, Helmut	(zu TOP 1)
Kaspar, Waldemar	(zu TOP 2 und 4)
Schmittner, Josef	(zu TOP 2 und 4)
Unterreitmeier Johann	(TOP 1)
Mayer, Elfriede (Protokoll)	
Herr Stephan und Herr Dirscherl	vom Landratsamt Ebersberg (TOP 1)

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS  
Erstellung der Planungsgrundlagen für den Generalplaner  
Vorlage: 2007/0190
2. Abfallwirtschaft  
Erweiterung des Recyclinghofes Dorfen  
Vorlage: 2007/0196
3. Bekanntgaben und Anfragen
  - 3.1. Abfallwirtschaft; Lärmbelästigung durch Containerstellplätze
  - 3.2. Neueinschreibung für die Realschulen und Gymnasien



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## **I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Umwelt am 11.06.2007**

**Kreisrat Kuhn** stellt vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5 „Liegenschaften des Landkreises; Einrichtung eines Urzeitmuseums in den ehemaligen Räumen des „Taufkirchner Heimatmuseums“ im öffentlichen Teil zu behandeln.

**Der Vorsitzende** antwortet, der Tagesordnungspunkt sei deshalb zur Beratung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung geplant, weil es um die Person geht, die das Urzeitmuseum einrichten möchte. Er denkt, wenn es allgemein gewünscht wird, kann anschließend an die Beratung im nichtöffentlichen Teil auch öffentlich darüber diskutiert werden.

**Kreisrat Peis** denkt, es sei in der Diskussion schwierig, die Person außen vor zu halten.

**Der Vorsitzende** fragt, ob Einverständnis besteht, den Tagesordnungspunkt 5 im Anschluss an die nichtöffentliche Beratung öffentlich zu diskutieren.

*Es besteht damit allgemein Einverständnis.*  
(Abstimmungsergebnis: **13 : 0 Stimmen**)

\*\*\*

### **1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Erstellung der Planungsgrundlagen für den Generalplaner Vorlage: 2007/0190**

Zum diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende die Vertreter vom Landratsamt Ebersberg, Herrn Stephan und Dirscherl.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, Punkt für Punkt die einzelnen Räumlichkeiten des Raumprogramms, die in der Übersicht gegenüber gestellt sind (Raumprogramm: Vorschlag der Schulleitung, Raumprogramm: lt. schulaufsichtlicher Genehmigung vom 22.05.2007 und Planungsvorgabe des AKU) durchzugehen, ob diese Räumlichkeiten zwingend errichtet werden müssen, um die Förderung zu bekommen.

**Kreisrat Kuhn** denkt, es sei für die Kreisräte schwierig, bei jedem Punkt zu sagen, ob Bedarf vorhanden sei oder nicht. Der Schulleiter müsste jeden Raum erläutern, warum er genau diese Räume braucht. Er schlägt vor, dass der Schulleiter Biller aus seiner Sicht vorträgt, was sinnvoll wäre.

**Der Vorsitzende** wünscht aber, Raum für Raum durchzugehen und Kreisrat Biller sollte, wenn es notwendig sei, Anmerkungen dazu machen. Herr Fischer habe das Ganze vorbereitet.



Der Vorsitzende bittet auch die Vertreter des Landkreises Ebersberg um Wortmeldung, wenn es Fragen geben sollte.

**Herr Fischer** bittet um zwei Berichtigungen in der vergleichenden Übersicht. Bei Nr. 2.9 „Serverraum“ sollte die Kategorie A gestrichen werden. Dieser Raum sei ein Nebenraum und werde nicht bezuschusst.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Weiter erklärt er, die unter Punkt 5 „Schulleitung/Verwaltung“ aufgeführten Räume gehören der Kategorie B an (diese seien in der Vorlage nicht in eine Kategorie eingeteilt).

Büro des Landrats  
BL

Herr Fischer erklärt den Unterschied zwischen Kategorie A und Kategorie B. Kategorie A-Räume seien unabdinglich erforderliche Räume, die der Zahl nach geschaffen werden müssen, um die Förderung zu bekommen.

Nicht unbedingt eingehalten werden muss dabei die Quadratmeterzahl der Räume. Der Schulleiter habe 22 Räume mit je 75 qm beantragt. Im Raumprogramm seien 11 Räume mit je 66 qm und 11 Räume mit je 90 qm genehmigt worden.

Räumlichkeiten der Kategorie B können, müssen aber nicht geschaffen werden. Zum Beispiel seien für die Verwaltung 280 qm genehmigt worden. Wenn diese Verwaltung nicht gebaut wird, können diese Quadratmeter für andere förderfähige Flächen der Kategorie verwendet werden. Allerdings mit der Maßgabe, dass diese Förderung nicht mehr ein zweites Mal beantragt werden kann, wenn z.B. eine Verwaltung später eingebaut würde.

Es seien z.B. bei den Lehrerzimmern und bei verschiedenen anderen internen Räumen insgesamt 320 qm genehmigt worden (Nr. 4.1). Die Schulleitung habe insgesamt 280 qm (Nr. 4.1, 4.6, 4.7 und 4.11) beantragt. Es bleiben also 40 qm übrig, die für andere förderfähige Flächen verwendet werden können.

Herr Fischer weist darauf hin, ansonsten seien einige Differenzen enthalten, wo weniger Quadratmeter genehmigt worden seien, als beantragt worden sind.

**Der Vorsitzende** beginnt mit Punkt 1. „Allgemeiner Unterricht“ Nr. 1.1. Es seien von der Schulleitung 22 Klassenzimmer a) 75 qm beantragt worden. Diese Räume können auch so verwirklicht werden.

Bei Nr. 1.2 „Gruppenräume“ seien drei Räume mit je 40 qm beantragt worden. Genehmigt worden seien drei Räume mit je 42 qm, insgesamt 126 qm.

Bei Nr. 1.3 „Nebenräume“ seien zwei Räume mit zusammen 225 qm beantragt worden. 89 qm werden als Pauschale vorgesehen und genehmigt.

**Kreisrat Biller** merkt an, die qm-Zahl (2 Räume mit je 75 qm) sei eingesetzt worden, weil nicht gesagt werden kann, ob vielleicht ein Klassenzimmer mehr notwendig sein wird. Diese Räume seien auch als Klassenzimmer nutzbar. Wenn z.B. 60 qm dafür festgelegt würden, würde dies der Schule von der Funktion her auch nicht wehtun. Diese Räume sollten mit

einer Trennwand verbunden werden, um eventuell einen größeren Raum daraus machen zu können.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Der Vorsitzende** schlägt vor, diesen pauschalen Ansatz (89 qm) zu lassen und eine Reserve für einen anderen Raum (Raum für Probeeinschreibung und 13. Klasse FOS/BOS) vorzuhalten.

Büro des Landrats  
BL

**Herr Fischer** merkt zu Nr. 2 „Fachräume“ an, die Nrn. 2.1 bis 2.5 seien wie beantragt genehmigt worden. Dabei sei ein „Säureraum“ mit zusätzlich 5 qm genehmigt worden. Um hierfür eine Förderung zu erhalten müsse dieser Raum aber konkret geschaffen werden.

**Der Vorsitzende** denkt, dieser Raumbereich könnte auch getrennt zum Chemieraum oder Biologieraum eingerichtet werden. Meistens gibt es einen Säureschrank, der begehbar sei.

**Kreisrat Mock** merkt an, ein Säureraum neben dem Chemie- oder Biologieraum sei notwendig. Er sollte nicht im Keller sein.

**Herr Fischer** erklärt weiter, bei Nr. 2.6 „Fachraum Technologie“ seien 5 qm mehr als beantragt genehmigt worden. Kreisrat Biller zeigt sich damit einverstanden.

Herr Fischer merkt weiter an, Nr. 2.7 „Informatikraum groß“ sei wie beantragt genehmigt worden.

Bei Nr. 2.8 „Informatikraum klein“ seien 60 qm anstatt der beantragten 40 qm genehmigt worden.

Der „Serverraum“ (Nr. 2.9) wird eingeplant, aber nicht bezuschusst. Bei Nr. 2.10 „Vorbereitung Informatik“ seien 33 qm anstatt der beantragten 25 qm genehmigt worden.

Der „Kunstraum, Technisch Zeichnen“ (Nr. 2.11) sei wie beantragt mit 75 qm genehmigt worden.

Bei Nr. 2.12 „Musikraum“ sei 1 qm mehr als beantragt, also mit 66 qm genehmigt worden.

Nr. 2.13 „Vorbereitungsraum Kunst/Techn. Zeichnen“ sei etwas größer als beantragt, mit 33 qm genehmigt worden.

Nr. 2.14 „Vorbereitungsraum Musik“ sei um 2 qm kleiner als beantragt mit 33 qm genehmigt worden.

**Der Vorsitzende** fragt Kreisrat Biller, ob im Bereich Musik überhaupt Bedarf sei. Er fragt, ob es nicht möglich wäre, an der Kreismusikschule, die sich in unmittelbarer Nähe befindet, diese Möglichkeiten zu nutzen. Während der üblichen Unterrichtszeiten sei in der KMS sicher nicht der Betrieb wie nach den regulären Unterrichtszeiten.

**Kreisrat Biller** berichtet, er habe schon vor längerer Zeit einmal versucht, den Musikunterricht mit Lehrkräften der KMS abzudecken. Das sei nicht

möglich gewesen. Die Berufsschule habe einen eigenen Musiklehrer für Musik und Gestaltung (Bereich Sozialwesen) angestellt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** meint, das sollte noch geklärt werden.

**Herr Fischer** erklärt weiter, Nr. 3.1 „Fachraum Elektrotechnik“ sei wie beantragt mit 75 qm genehmigt worden.

Nr. 3.2 „Vorbereitung Elektrotechnik“ sei 3 qm größer, mit 33 qm genehmigt worden.

Die folgenden Positionen Nr. 3.3 bis Nr. 3.5 (Fachräume Metalltechnik/Bautechnik) seien in der Berufsschule vorhanden und sollen deshalb nicht realisiert werden. Das bedeutet aber auch, dass diese vier Räume nicht gefördert werden.

**Kreisrat Biller** ergänzt dazu, als die FOS/BOS neu gegründet worden sei, seien in der Berufsschule Räume umgebaut und Fachräume eingerichtet worden. Diese Räume brauchen nicht neu erstellt werden und können weiterhin genutzt werden. Wie es derzeit aussieht, kann auch der bautechnische Anteil an der Berufsschule dort mit abgedeckt werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, diese Räume seien im Bereich der Berufsschule geschaffen worden, wenn diese später errichtet würden, würden diese nicht mehr bezuschusst.

Zu Nr. 4. „Sonstige Räume“ merkt **Herr Fischer** an, diese Räume seien auf Antrag der Schulleitung (Lehrerzimmer, usw.) mit 280 qm beantragt worden. Genehmigt worden seien 320 qm, die für Räume in der Kategorie B verwendet werden können.

**Der Vorsitzende** merkt an, es wird vorgeschlagen, die 320 qm insgesamt zu nutzen. Es bleibt eine Reserve von 40 qm für andere Räume.

**Kreisrat Biller** ergänzt zu Nr. 3.6 „Vorbereitung Bautechnik“, dass der Raum benötigt wird. Dieser Vorbereitungsraum kann im Berufsschulgebäude nicht eingerichtet werden. Dieser Raum müsste gefördert werden, wenn er gebaut wird. Er bittet darum, den Raum im Raumprogramm aufzunehmen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, diesen Vorbereitungsraum unter Nr. 3.6 einzuplanen.

**Herr Fischer** weist darauf hin, dass bei Nr. 4.2 „Hausmeister, Haustechnikraum“ 30 qm gefordert, aber nur 16 qm genehmigt worden sind. Die 320 qm bei Nr. 4.1 „Lehrerzimmer FOS/BOS“ seien im Zusammenhang mit den Nrn. 4.6, 4.7 und 4.11 zu sehen.

Die Räume unter Nr. 4.3 bis Nr. 4.5 werden nicht gefördert. Zudem seien die Räume unter Nr. 4.8 „Lehrerbibliothek“ und Nr. 4.9 „Schulaufgabenablage“ nicht genehmigt worden.

**Kreisrat Biller** betont, diese Räume werden nicht gefördert, seien aber unbedingt notwendig. Es gibt an der FOS/BOS Seminartätigkeiten. Schü-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

ler müssen aus der Bibliothek heraus lernen. Die Schüler werden dabei immer von einem Lehrer beaufsichtigt. Jeder Schüler müsse dabei pro Seminar 60 Stunden für wissenschaftliches Arbeiten nachweisen.

**Herr Fischer** merkt an, gefördert werden die schulaufsichtlich genehmigten Räumlichkeiten, die weniger sind, als die, die beantragt worden sind. Es gibt dabei Räume, die in der Genehmigung nicht berücksichtigt worden sind. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Räume benötigt werden und wenn sie benötigt werden, ob sich der Landkreis diese beim Bau leisten kann.

**Der Vorsitzende** meint, es stellt sich die Frage, was mit den 320 qm in Kategorie B sei.

**Herr Fischer** erklärt, die 320 qm können nur für Kategorie B-Räume genutzt werden. Er habe die Räume von Nr. 4.3 bis Nr. 4.5, Nr. 4.8 und Nr. 4.9 nicht in Kategorie B gefunden.

**Der Vorsitzende** fragt, für welchen Bereich die 320 qm vorgesehen seien.

**Herr Fischer** antwortet, für Nr. 4.1. „Lehrerzimmer“, Nr. 4.7 „Schülerbibliothek“, Nr. 4.8 „Lehrerbibliothek“ und 4.12 „Vorbereitungsräume Lehrkräfte“. ergibt zusammen 280 qm (wie die Schulleitung beantragt habe).

**Der Vorsitzende** erklärt weiter, für Nr. 4.2 „Hausmeister- Haustechniker-raum“ seien 16 qm genehmigt worden. Dafür werden ca. 14 qm von dem Rest von den 280 qm auf 320 qm benötigt. Es bleiben also noch 26 qm übrig.

**Der Vorsitzende** fragt Kreisrat Biller, ob der „Kopierraum“ (Nr. 4.3) benötigt wird.

**Kreisrat Biller** merkt an, dieser Raum wird unbedingt benötigt. Ansonsten müssten die Kopien immer im Berufsschulgebäude gemacht werden. Er versucht zu erklären, gefördert wird nur, was unmittelbar mit dem Unterricht zu tun habe, aber benötigt werden mehr Räume, damit eine Schule funktionieren kann. Zum Beispiel wird ein Raum, wo Schulaufgaben abgelegt werden, nicht gefördert.

Diese Schulaufgaben müssen aber 10 Jahre aufbewahrt werden. Deshalb sei dafür ein Raum unbedingt notwendig.

**Der Vorsitzende** fragt weiter zu Nr. 4.4 „Raum für Schülermitverwaltung“, 4.5 „Elternsprechzimmer“ und 4.6 „Beratungslehrerzimmer“, ob diese Räume im Neubau benötigt werden.

**Kreisrat Biller** betont, bisher gibt es dafür keine Räume. Er denkt, dass diese Räume schon notwendig sind. Auch der Raum unter Nr. 4.10 „Raum für lernmittelfreie Bücher“ sei als Lagerraum notwendig.

**Der Vorsitzende** fragt, ob dieser Raum zum Bereich der Bibliothek dazu genommen werden könnte.

**Kreisrat Biller** betont, dieser Raum sei ein reiner Lagerraum für Bücher.



**Kreisrat Mock** ergänzt, der Raum wird zweimal pro Jahr genutzt, für die Ausgabe und das Einsammeln der Bücher.

**Der Vorsitzende** stellt zu Nr. 4.11 „Medien- und Lehrmittlräume für Fachschaften“ fest, dass von den 90 qm nur 33 qm gefördert werden.

**Kreisrat Biller** erklärt, es seien drei Räume gefordert worden, weil es für diese Fachschaften eine spezielle Literatur und Lernmittel gibt. Für das Erdgeschoß und jedes Obergeschoß sei je ein Raum gefordert worden. Es sollte unbedingt für jedes Geschoß ein Raum zur Verfügung stehen. Wenn z.B. städtebaulich nur zwei Stockwerke verwirklicht werden, sollten auch drei Räume eingeplant werden.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Größe der drei Räume zu reduzieren und insgesamt 75 qm festzuschreiben.

**Kreisrat Biller** weist darauf hin, dass auch der „Aufzug“ unter Nr. 4.13 unbedingt erforderlich sei.

**Herr Fischer** erklärt weiter, für Nr. 5 „Schulleitung/Verwaltung“ seien 280 qm genehmigt worden. Es stellt sich die Grundsatzfrage, ob diese Quadratmeter anders verwendet werden sollen oder dann verwendet werden, wenn eventuell später die Verwaltung im Gebäude untergebracht werden soll.

**Der Vorsitzende** merkt an, wenn dieser Bereich nicht beantragt wird, wird auch keine Förderung gezahlt. Es sei aber vereinbart worden, die Verwaltung im Berufsschulgebäude unterzubringen.

**Herr Fischer** erklärt, diese Quadratmeter könnten für andere Räumlichkeiten verwendet werden. Aber später, wenn die Schule vielleicht einmal eine eigenständige Schule sein soll, und eine Verwaltung eingebaut wird, gibt es dann keine Förderung mehr.

**Der Vorsitzende** denkt, diese 280 qm könnten aber durchaus für andere Räume in Kategorie B notwendig sein. Er schlägt vor, diese für notwendige andere Räume, usw., wie Kreisrat Biller gesagt hat, zu verwenden.

Sollte es später einmal zu einer Trennung der Schulen kommen, könnten für den Bereich dann immer noch Räume im Untergeschoß zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Fischer** erklärt weiter, bei Nr. 7 „Eingangs- und Pausenhalle“ ergibt sich eine große Diskrepanz. Es seien 600 bis 700 qm beantragt worden, genehmigt worden sind 260 qm. Er denkt, es könnte die unter Nr. 8.2 genannte Cafeteria zu dem Bereich dazu genommen werden.

**Der Vorsitzende** denkt, das sollte noch offen bleiben. Es werden 260 qm in Kategorie B gefördert. Es könnten durchaus die 75 qm unter Nr. 8.2 „Schüler-Cafeteria“ mit dazu genommen werden. Es sollte aber für die Eingangs- und Pausenhalle insgesamt eine Größe einschließlich Cafeteria

von vielleicht 550 bis 600 qm werden. Bei günstiger Zuordnung könnte dann eine Trennung vorgenommen werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Es geht dabei auch darum, dass die Abiturprüfungen dort stattfinden können. Die Aula am Gymnasium habe ca. 700 qm, die ziemlich ausgenutzt werden. 700 qm seien eine große Fläche. Wenn aber diese beeinträchtigt werden und z.B. für Abiturprüfungen nicht voll nutzbar sind, weil z.B. die Zuwegung für das Schulgebäude quer durch die Aula geht oder der Pausenverkauf sich auch dort befindet, usw. dann macht es Sinn, wenn das Ganze als Eingangspausenhalle geführt wird und vielleicht dafür weniger Quadratmeter groß sei, aber eine uneingeschränkte Nutzung möglich sei. Bei 500 qm sollte die Nutzung ausschließlich für Abiturprüfungen sein.

Er schlägt vor, den Raum unter Nr. 8.2 mit 75 qm zu lassen und trotzdem für die Pausenhalle ca. 500 qm festzulegen. Ein großer Teil davon würde dann auch gefördert werden. Kreisrat Biller sei auch Mitglied im Bauausschuss. Der Bauausschuss wird dann über die konkrete Umsetzung diskutieren. Es sollte dem Architekten der Auftrag so gegeben werden.

Der Vorsitzende erklärt zu Nr. 7.2 „Stuhllager“, dieser Raum wird nicht gefördert, sei aber notwendig.

Er erklärt weiter, die unter Nr. 9 (Nr. 9.1 bis Nr. 9.7) aufgeführten WC-Anlagen und sonstigen Räume seien notwendig, obwohl sie nicht gefördert werden.

Zu Nr. 11 „Freianlagen“ merkt der Vorsitzende an, der „Pausenhof“ unter Nr. 11.1 müsse erstellt werden.

Zu Nr. 11.2 und Nr. 11.3 „Stellplätze“ merkt er an, es gibt eine Stellplatzsatzung der Stadt Erding, die erfüllt werden sollte.

**Herr Unterreitmeier** ergänzt, pro Klassenzimmer seien nach der Stellplatzsatzung der Stadt Erding 6 Stellplätze erforderlich.

**Der Vorsitzende** stellt fest, bei 22 Klassenzimmer wären somit 132 Stellplätze erforderlich.

**Kreisrat Peis** meint, die Parkplatzsituation muss gemeinsam mit der Berufsschule gesehen werden.

**Kreisrat Kuhn** fragt, wonach diese Zahl der Stellplätze errechnet werde.

**Kreisrat Biller** merkt an, er habe in der Aufstellung die Zahl der geforderten Parkplätze aufgrund der Erfahrung am Gymnasium so festgelegt. Er berichtet, pro Berufsschulklasse werden 6 Stellplätze pro Klassenzimmer gefordert, weil an Berufsschulen mehrere Klassen in einem Zimmer unterrichtet werden. Für die FOS/BOS werde seines Wissens für zwei Schüler ein Parkplatz gefordert.

**Der Vorsitzende** merkt an, für die Stellplätze gibt es keine Förderung. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens müssen die Vorgaben der Stadt Erding (Stellplatzsatzung) eingehalten werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Kuhn** merkt an, die Frage stellt sich schon, ob das unterstützt werden sollte. Er denkt, wenn mehr Parkplätze vorhanden sind, fahren noch mehr Schüler mit dem Auto zur Schule.

**Kreisrat Biller** weist darauf hin, dass viele Schüler auf das Auto angewiesen sind, um an die FOS/BOS oder Berufsschule zu kommen. Die öffentlichen Verkehrsmittel seien zentral fast alle nach München ausgerichtet. Nach Erding zu kommen sei oft mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht so einfach.

**Der Vorsitzende** meint, der ÖPNV sei schon gut ausgebaut und auf den Bereich Erding konzentriert. Klar ist aber, dass z.B. die Anbindung nach Freising (40-Minuten-Takt) nicht so gut sei.

**Kreisrat Kuhn** weist darauf hin, dass es für die Stellplätze keine Förderung gibt und zusätzliche Kosten für den Landkreis entstehen. Der Landkreis unterstützt damit etwas, was eigentlich nicht gewünscht wird. Auch hinsichtlich des Klimaschutzes sollte deshalb darauf geachtet werden. Er schlägt vor, nur die Stellplätze zu errichten, die unbedingt nach der Stellplatzsatzung erforderlich sind.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, nachdem die Stellplatzsatzung der Stadt Erding im Moment nicht vorliegt, im Raumprogramm grundsätzlich die Vorgabe der Stadt Erding hinsichtlich der Zahl der Stellplätze zu erfüllen. Im Bauausschuss müsse dann bei der Detailplanung festgelegt werden, wie viele Stellplätze geschaffen werden.

Er berichtet, nachdem an der Berufsschule viele Autos entlang der Straße parken, war schon einmal ein Halteverbot entlang der Straße im Gespräch. Doch die Stadt Erding habe dann geäußert, dass sie das nicht machen möchte. Es gibt von der Stadt Erding bereits ein Parkplatzkonzept, das mit in die Diskussion einfließen sollte.

**Kreisrat Patschky** merkt an, im Raumprogramm seien WC-Anlagen zwar eingetragen, aber weitere Anmerkungen fehlen.

**Der Vorsitzende** antwortet, diese WC-Räume werden nicht gefördert, müssen aber eingeplant werden.

**Kreisrat Mesner** fragt, ob die Fördersätze der Kategorien A und B unterschiedlich seien. Weiter möchte er wissen, ob es über die Höhe der Förderung schon eine Aussage gibt.

**Der Vorsitzende** antwortet, nur die Räume in Kategorie A müssen errichtet werden. Alles was in Kategorie B geplant sei, kann diskutiert werden. Insgesamt gibt es keine Quadratmeter, die zusätzlich gefördert würden. Es wird nicht alles gefördert, was von der Schule für notwendig erachtet worden ist. Er denkt, dass es ca. 30 % an Förderung geben wird.

Der Antrag auf einen vorzeitigen Baubeginn sei bereits gestellt worden, damit der Zuschuss nicht verloren geht.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Vorsitzende erklärt zu Nr. 12 „Sportanlagen“, er geht davon aus, dass die Doppeltturnhalle an der Berufsschule mit genutzt werden kann. Ein Sportplatz wäre wünschenswert. Doch habe Schulleiter Biller gesagt, dass zurzeit kein Sportunterricht stattfindet, weil derzeit die Lehrerstunden ausfallen. Zudem seien bei allen landkreiseigenen Schulen Sportplätze errichtet worden, die in Kooperation auch genutzt werden sollten, um nicht wieder einen zusätzlichen Sportplatz schaffen zu müssen. Eine Förderung gibt es dafür auch nicht, deshalb sollten sinnvolle Kooperationen in der Umgebung wahrgenommen werden.

**Kreisrat Biller** merkt an, die Personalversorgung sei derzeit so gering, dass auf diese Sportstunden verzichtet werden muss. Wichtig wäre es schon, in einem Freigelände Sportunterricht durchführen zu können. Das sei aber eine politische Entscheidung.

**Kreisrat Kuhn** fragt, wenn derzeit der Sportunterricht ausfällt, ob dann die Turnhalle an der Berufsschule für beide Schulen ausreichen wird.

**Kreisrat Biller** antwortet, theoretisch würde die Turnhalle gerade noch ausreichen, aus praktischen Gründen sei aber eine 100 %ige Auslastung nicht möglich.

Kreisrat Biller gibt noch bekannt, dass die Berufsschule und FOS/BOS seit heute Seminarschule für Sozialkunde geworden sei. Das bedeutet, es wird ein Seminarlehrer an die Schule kommen, für den ein Seminarraum eingerichtet werden muss, in dem sich der Seminarlehrer mit seinen Referendaren zu Besprechungen treffen und dort auch arbeiten kann. Dieser Seminarraum sei im Raumprogramm bisher nicht berücksichtigt. Er bittet die Verwaltung, für diesen Raum für Kategorie A noch eine zusätzliche Genehmigung einzuholen.

**Der Vorsitzende** sichert eine *Ergänzung im Raumprogramm* zu. Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Als Grundlage für die Planung des Neubaus FOS/BOS wird dem Generalplaner das vom Ausschuss für Kultur und Umwelt beschlossene Raumprogramm vorgegeben.
2. Die Planungen sind so zu gestalten, dass der nachträgliche Einbau einer eigenständigen Verwaltung (in der Summe räumlich gesehen) verwirklicht werden kann.
3. Im Rahmen der Planungen sind auch die Alternativen Passivhaus- und/oder Niedrigenergiehausbauweise mit vergleichender Kostenschätzung darzustellen.

**Kreisrat Kuhn** wünscht, im Absatz 3 des Beschlussvorschlages zu ergänzen, dass auch die Energiekosten bei den Varianten mit eingerechnet werden. Dies macht Sinn, weil ein Passivhaus in der Erstellung zwar mehr kostet, aber sich im Laufe der Jahre Einsparungen beim Energieverbrauch ergeben.



**Der Vorsitzende** antwortet, genau deshalb sei die Formulierung wie im Beschlussvorschlag so gewählt worden. Es sei bewusst nicht „Investitionskosten“, sondern „mit vergleichender Kostenschätzung“ formuliert worden, weil natürlich mit höheren Investitionskosten, aber niedrigeren Betriebskosten, ein Vergleich hergestellt werden kann.

**Kreisrat Kuhn** möchte wissen, über welchen Zeitraum die Berechnung gehen wird.

**Der Vorsitzende** antwortet, das sei die Aufgabe der Experten. Der Bauausschuss wird bei der Auswahl des Büros Wert darauf legen, dass Erfahrungswerte auch im Passivhausstandard vorgelegt werden müssen. Es sei im Planungsauftrag enthalten, dass nur ein solches Büro zum Zuge kommen kann, das entsprechende Referenzen vorlegen kann.

Er berichtet, es gibt einen Zuschuss vom Bund für die Planungskosten, wenn dies überprüft wird.

Der Vorsitzende fragt die Vertreter des Landkreises Ebersberg, ob sie Ergänzungswünsche oder Erklärungsbedarf haben.

**Herr Stephan** erklärt, es besteht Einverständnis von Seiten des Landkreises Ebersberg.

Nach eingehender Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

AKU/0142-08

1. Als Grundlage für die Planung des Neubaus FOS/BOS wird dem Generalplaner das vom Ausschuss für Kultur und Umwelt beschlossene Raumprogramm vorgegeben.
2. Die Planungen sind so zu gestalten, dass der nachträgliche Einbau einer eigenständigen Verwaltung (in der Summe räumlich gesehen) verwirklicht werden kann.
3. Im Rahmen der Planungen sind auch die Alternativen Passivhaus- und/oder Niedrigenergiehausbauweise mit vergleichender Kostenschätzung darzustellen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

**2. Abfallwirtschaft**  
**Erweiterung des Recyclinghofes Dorfen**  
**Vorlage: 2007/0196**

**Der Vorsitzende** erklärt zur versandten Vorlage, es sei geplant, den nichtöffentlichen Bereich am Recyclinghof Dorfen zu erweitern und zugänglich zu machen.

**Herr Schmittner** zeigt Folien und erklärt, der jetzige Recyclinghof sei ca. 730 qm groß. Davor sei ein öffentlich zugänglicher Teil mit ca. 400 qm



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

vorgelagert. Nachdem es an den Wochenenden immer wieder zu Engpässen kommt, sei geplant, einen Grünstreifen zu entfernen und die sechs Parkplätze der Feuerwehr für Container zugänglich zu machen. Dieser Teil könnte in die Umzäunung des Recyclinghofes einbezogen werden. Mit der Freiwilligen Feuerwehr und auch der Stadt Dorfen sei vereinbart worden, für den Verlust der Stellplätze sieben neue Stellplätze zu errichten, zwei Stellplätze anstelle einer Strauchbepflanzung auf der Ostseite und fünf Stellplätze im Südosten der Feuerwehranlage.

Der Umbau würde ca. 17.000 € kosten. Mit der Erweiterung des Recyclinghofes könnte dann sogar das Entsorgungsangebot (Elektronikentsorgung, usw.) verbessert werden.

**Kreisrätin Mayr** fragt, ob auch im Osten des Landkreises Bedarf für eine Sperrmüllentsorgung sei, ähnlich wie am Recyclinghof in Langengeisling. Sie fragt, ob eine solche Sperrmüllentsorgung auch am Recyclinghof Dorfen geplant sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, versuchsweise seien in verschiedenen Recyclinghöfen Sperrmüllcontainer aufgestellt worden. Diese Entsorgung sei jedoch kostenpflichtig.

**Herr Schmittner** ergänzt, bei der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Gebührenneukalkulation sei geplant, diese Sperrmüllentsorgung im ganzen Landkreis einzuführen. Jedoch wäre diese Entsorgung auch dann kostenpflichtig.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

AKU/0143-08

Der Erweiterung des Recyclinghofes in Dorfen wird in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

### **3. Bekanntgaben und Anfragen**

#### **3.1. Abfallwirtschaft; Lärmbelästigung durch Containerstellplätze**

**Der Vorsitzende** gibt auf die Anfrage von Kreisrat Steinberger in der Sitzung des AKU vom 10.05.2007 bekannt, dass in der Zwischenzeit mit dem Beschwerdeführer und auch mit Kreisrat Steinberger ein Kompromiss gefunden werden konnte.

Es sei geplant, den Glascontainerstandort mit lärmgedämmten Glascontainern auszustatten, zudem werde zur weiteren Lärmdämmung und zum Sichtschutz eine Einhausung auf dieser Seite mit Großpalisaden vorgenommen und eine Einhausung aus Maschendrahtzaun mit verschließbarer Tür auf drei Seiten gemacht.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht.



### 3.2. Neueinschreibung für die Realschulen und Gymnasien

Weiter berichtet **der Vorsitzende** zum Thema „Neueinschreibungen an den Realschulen und Gymnasien“, die Befürchtung, dass sich insbesondere bei den Realschulen ein deutlicher Zuwachs ergibt, zeigt sich aufgrund der neuesten Zahlen bei den Neueinschreibungen nicht. Ein Zuwachs zeigt sich bei den Gymnasien.

Er gibt folgende Zahlen bekannt und lässt diese Aufstellung an die Ausschussmitglieder und an die Presse verteilen:

Büro des Landrats  
BL

Anne-Frank-Gymnasium Erding  
Schuljahr 2007/2008 -> 198 Anmeldungen  
Schuljahr 2006/2007 -> 165 Anmeldungen

Neues Gymnasium Erding  
Schuljahr 2007/2008 -> 155 Anmeldungen  
Schuljahr 2006/2007 -> 154 Anmeldungen

Gymnasium Dorfen  
Schuljahr 2007/2008 -> 195 Anmeldungen  
Schuljahr 2006/2007 -> 163 Anmeldungen

Herzog-Tassilo-Realschule Erding  
Schuljahr 2007/2008 -> 160 Anmeldungen  
Schuljahr 2006/2007 -> 205 Anmeldungen

Mädchen-Realschule Erding  
Schuljahr 2007/2008 -> 154 Anmeldungen  
Schuljahr 2006/2007 -> 183 Anmeldungen

Realschule Taufkirchen  
Schuljahr 2007/2008 -> 138 Anmeldungen  
Schuljahr 2006/2007 -> 143 Anmeldungen

Die Zahlen ergeben insgesamt genau das Ergebnis, das Prof. Dr. Werner im Schulentwicklungskonzept vorausgesagt hat (gleich bleibende, vielleicht leicht steigende Schülerzahl). Aufgrund der Anmeldungen haben sich 1 % weniger Schüler als im Vorjahr (Schuljahr 2007/2008 1000 Anmeldungen, im Vorjahr 1013 Anmeldungen) angemeldet.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 15.35 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte